

Rosenbergstrasse 115

Das ARD-Nachrichtenmagazin Panorama berichtet, dass die deutschen Bundesbürger mit der Einführung des Gesundheitsfonds vor knapp zwei Jahren ein Volk von chronisch Kranken geworden sind. Die Zahl der Menschen mit schweren chronischen Erkrankungen ist zwischen 2007 und 2008 nämlich um 4,6 Prozent gestiegen, was «medizinisch kaum erklärlich» sei. Offenbar ist bei 23 Krankheitsgruppen sogar ein Anstieg von über 10 Prozent zu verzeichnen, zum Beispiel beim ADHS (+14%), bei Erkrankungen des Ösophagus (+16%) und bei Diabetes (+17%). Natürlich gibt es nicht auf einmal mehr Kranke; die Zahlen sind vielmehr das Ergebnis der neuen Abrechnungsmöglichkeiten. Eine ökonomisch bedingte Chronifizierungsepidemie sozusagen. 2007 wurden nämlich für den Gesundheitsfonds neue Geldzuteilungsmechanismen eingeführt. Die Folge: die Krankenkassen haben nun ein Interesse daran, möglichst viele Patienten als chronisch krank zu «codieren». Schuld ist der sogenannte morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA). Was wir in der Schweiz daraus lernen können? Da unsere Spitaldirektoren nicht dümmer sind als die Leiter der deutschen Kassen, werden sich die Codierungen nach der Einführung von SwissDRG in unseren Kliniken ebenfalls eher an den ökonomischen Interessen orientieren als an den objektiven Gegebenheiten. Soviel Interpretationsspielraum muss bei aller Normierung der Codierung sein! Ja gut, wir könnten in der Schweiz auch aus den Fehlern Deutschlands lernen, aber leider gibts a) durchaus auch ein Interesse an Fehlentwicklungen aller Art und b) glauben wir wie immer, schlauer zu sein als jene, die die Fehler schon gemacht haben.



Die Arbeit der Task-Force der FMH, die mit neuen Ideen die alte Selbstdispensation retten will, lässt die SD-Ärzte aufhorchen. Jedenfalls jene, die ihrer FMH nicht blind

vertrauen. Nun, eigentlich ist nicht die Task-Force selber, die uns in den Ohren klingt, es sind die Alarmglocken, die schrillenden! (Wir kommen noch drauf!)



Das grüne Gewissen, das in der Schweiz und in Deutschland besonders gut gedeiht, mit der Tendenz gar, sich selbstständig zu machen und alles ihm Zuwiderlaufende zu kriminalisieren, kriegt (zum Glück?) hier und da einen Dämpfer. Die Deutschen – wie wir Schweizer auch – wurden in den vergangenen Jahren der Antiverschwendungs-Indoktrination zu Weltmeistern im Wassersparen. Verbraucht früher jeder rund 200 Liter Trinkwasser pro Tag, ist es heute nur noch rund die Hälfte. Folge 1: Die Kanalisationen in manchen deutschen Städten leiden an rezidivierender bis chronischer Verstopfung, weil nichts mehr weggeschwemmt wird. Und die viel zu grossen Wasserwerke sind zum Teil leer. Folge 2: Der Aufwand für den Unterhalt des Kanalisationssystems und der Wasserwerke nimmt massiv zu. Folge 3: Je weniger Wasser verbraucht wird, auf um so weniger Liter Verbrauchswasser müssen die höheren Kosten verteilt werden. Mit anderen Worten: Sparen heisst, die (Ab-)Wassergebühren steigen und steigen.



In diesem Zusammenhang: Abwasser ist ein Thema, das unbedingt geklärt werden muss.



Gerechtigkeit heisst für manche, dass man jenen, die viel verdienen, möglichst viel wegnimmt und es – auf dem Umweg über den Staat, der dabei einen ordentlichen Teil für sich abschränkt – an jene verteilt, die nichts (oder noch nichts) haben, die dafür aber auch nichts geleistet haben. Gut, kann man so sehen. Politisch äussert

sich das dann beispielsweise als Steuergerechtigkeitsinitiative. Früher nannte man derartige Steuern Neidsteuern. Das Dumme an solchen Neidsteuern ist, dass am Ende nicht nur die Reichen ein klein wenig weniger haben, sondern auch die Minderbemittelten. Weil einige Reiche in Zukunft nämlich gar keine Steuern mehr (in der Schweiz) bezahlen und die Differenz irgendwie auf alle verteilt werden muss. Tja, seis drum, Neid war schon immer ein schlechter Ratgeber und – minderbemittelt kann man eben nicht nur materiell sein.



In diesem Zusammenhang: Neid ist die deutsche Form von Anerkennung.



Apropos Steuern: Hatten wir nicht letzthin die Kreativität deutscher Behörden beim Erfinden neuer Steuern bewundert? Keine Frage: Die Schweiz holt auf. Wenns nach der Mehrheit der Linksparteien und einigen verirrtten Bürgerlichen geht, wird demnächst eine Mediensteuer eingeführt. Grundlage: Wer ein Gerät besitzt, auf dem man TV schauen oder Radio hören kann (Handy oder Computer genügt!), zahlt eine Steuer – notabene eingezogen von der Billag, der unbeliebtesten Firma der Schweiz. Aber das genügt «dem Staat» nicht. Eine Gebühr bezahlen sollen auch Firmen. Weil, so die Logik, am Arbeitsplatz nicht nur die Mitarbeiter Radio hören (und selbstverständlich privat Gebühr dafür bezahlen), sondern irgendwie auch «die Firma», egal ob sie nun eine Schreinererei ist oder eine Arztpraxis. Wie die das macht, weiss keiner, Hauptsache sie bezahlt Steuern.

Richard Altorfer